



Die KPÖ im burgenländischen Landtag

MARTIN KRENN

Bruno Böröcz zum 70. Geburtstag

Zwei Gesetzgebungsperioden, von 1945 bis 1949 sowie von 1953 bis 1956, waren Kommunisten mit jeweils einem Mandat im burgenländischen Landtag vertreten. Die Kommunistische Partei Österreichs bzw. die von ihr maßgeblich mitgetragene *Volksopposition*, unter deren Dach sie 1953 für Nationalrat und Landtag kandidiert hat, ist vor diesem Hintergrund für die parlamentarische Frühzeit der Zweiten Republik auf dem Gebiet des Burgenlandes nicht wegzudenken. Ungeachtet dessen ist eine entsprechende historische Darstellung bislang ausgeblieben, was auf Seiten der „offiziösen“ burgenländischen Landeshistoriographie unschwer mit unverhohlenen antikommunistischen Ressentiments und dem erkennbaren Kalkül, die Partei und ihre Verdienste möglichst aus dem wissenschaftlichen Diskurs zu verbannen,¹ erklärbar erscheint. Für die eigene, parteiinterne bzw. der Partei und ihrem intellektuellen Umfeld entstammende Geschichtsschreibung konstatiert Hans Hautmann in seinem richtungsweisenden Beitrag zur parlamentarischen Arbeit der KPÖ im Nationalrat wiederum „eigene Versäumnisse“,² ehe die Serie an Wahlerfolgen der steirischen Kommunisten im 21. Jahrhundert und ihre abermalige Verankerung auf kommunalpolitischer und Landtags-Ebene die Tätigkeit der KPÖ in den Anfangsjahrzehnten der Zweiten Republik wieder in den Fokus rückten. Es soll im Folgenden nun an den bereits erwähnten Aufsatz von Hautmann angeknüpft und in gewissermaßen logischer Entsprechung der Gang vom Allgemeinen zum Besonderen und damit der Schritt weg vom Wiener Parlament hin zum Landtag in Eisenstadt gemacht werden. Hinsichtlich der übergeordneten theoretischen Konzeption der KPÖ und ihrer spezifisch marxistischen Parlamentstaktik kann nochmals auf die Ausführungen von Hautmann, für die Frage der antifaschistisch-demokratischen Perspektive der KPÖ und ihrer Etappenkonzeption nach 1945 auf die entsprechen-

den Passagen bei Manfred Mugrauer verwiesen werden.³

Die zweite burgenländische Stunde Null

Eine sachliche Vorbemerkung erscheint angebracht, war doch die Gründungsgeschichte von Burgenland II, also die Wiedererrichtung des von den Nationalsozialisten auf die Reichsgaue Niederdonau und Steiermark aufgeteilten Landes, keineswegs frei von politischen Friktionen. Als sich auf Einladung des früheren christlichsozialen Landesrats Lorenz Karall am 11. April 1945 in Mattersburg ein aus Persönlichkeiten aus dem politischen Leben vor dem Hitlerfaschismus gebildetes „provisorisches Landeskomitee“ des Burgenlandes konstituierte,⁴ waren die Kämpfe um die Befreiung Wiens durch die Rote Armee noch voll im Gange. Nach der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands wiederum wurden bald Stimmen laut, die für eine Beibehaltung des Status quo und damit für die Aufteilung des Burgenlandes auf Niederösterreich im Norden (Bezirke Neusiedl, Eisenstadt, Mattersburg, Oberpullendorf) bzw. die Steiermark im Landessüden (Bezirke Oberwart, Güssing, Jennersdorf) votierten. Insbesondere aus Niederösterreich wurde eine derartige Lösung propagiert, allen voran von Oskar Helmer, dem provisorischen Landeshauptmann-Stellvertreter der SPÖ. Helmer sprach sich „im paternalistischen Bestreben und unter einleitender Verdrehung historischer Gegebenheiten“, wie es Widder formuliert,⁵ mit Nachdruck für eine niederösterreichisch-steirische Lösung der Burgenlandfrage aus: „Die Leitha ist kein Grenzfluß und war niemals einer. Das nördliche Burgenland strebte immer in der Zielrichtung Wien, Wr. Neustadt, dort war sein natürlicher Absatzmarkt. Nun sind wir zu einer besonders engen Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt. Ich glaube, wir sollen es auch für alle Zukunft bleiben im Interesse des Landes und der Bevölkerung die-

ser nördlichen Bezirke des ehemaligen Burgenlandes.“⁶

Im Burgenland blieb man nicht untätig und reagierte mit der am 11. Mai 1945 vollzogenen Umwandlung des „provisorischen Landeskomitees“ in einen „provisorischen Landesausschuss“, der sich aus drei Sozialdemokraten, drei Christlichsozialen und zwei Kommunisten zusammensetzte: auf Seite der KPÖ waren dies die aus dem Mattersburger Bezirk stammenden Michael Pinter und Franz Michalitsch⁷ – Vinzenz Böröcz befand sich zu diesem Zeitpunkt noch als abrüstender Wehrmachtssoldat in Deutschland, Otto Mödlagl in Wien, wo er an führender Stelle am Wiederaufbau der niederösterreichischen Landesverwaltung mitarbeitete. Dieser „provisorische Landesausschuss“ fungierte nun faktisch als erste Landesregierung des Burgenlandes und setzte neben Maßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung, der Sicherheitspolitik und des Gesundheitswesens auch Schritte zur Wiederherstellung der burgenländischen Landeshoheit, indem etwa eine entsprechende Resolution an die provisorische Regierung Renner übermittelt wurde. Nachdem im „Verfassungsgesetz über die vorläufige Einrichtung der Republik Österreich“ vom 1. Mai 1945 das Burgenland noch zwischen Niederösterreich und der Steiermark aufgeteilt geblieben war und auch Renner anfängliche Sympathien für eine derartige Lösung gezeigt hatte, gelang es den Vertretern der Idee von Burgenland II durch beharrliches Lobbying und die Mobilisierung der lokalen Bevölkerung, die Wiedererrichtung des Burgenlandes zu erreichen. Zu seiner staatsrechtlichen Kodifizierung sollte dies am 29. August 1945 durch das als „Burgenlandgesetz“ bezeichnete Bundesverfassungsgesetz führen, in welchem das Burgenland mit Wirkung vom 1. Oktober 1945 als selbstständiges Bundesland konstituiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich mit Mödlagl und Böröcz die beiden bestimmenden Akteure der burgenländischen KPÖ be-

reits wieder im Land. In dem auf Grundlage des Burgenlandgesetzes beschickten „provisorischen Landesausschuss“ des Burgenlandes, der ersten tatsächlichen, auch formell anerkannten Landesregierung nach Kriegsende, nahmen sie entscheidende Positionen ein: Mödlagl als zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter des provisorischen Landeshauptmanns Ludwig Leser (SPÖ), Böröcz als Landesrat für Ernährungsfragen.

Wahlergebnisse

Die erste freie Landtagswahl im Burgenland nach über 15 Jahren – das letzte Mal wurde am 9. November 1930 zur Wahlurne geschritten – brachte an diesem 25. November 1945 der burgenländischen Kommunistischen Partei unter ihrem Spitzenkandidaten Otto Mödlagl zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Sitz im 32-köpfigen burgenländischen Landtag: Bei einer Wahlbeteiligung von knapp über 96 Prozent konnte die ÖVP die absolute Mehrheit erringen (51,82 Prozent, 17 Landtagsmandate), während sich die SPÖ mit 44,91 Prozent (14 Landtagsmandate) begnügen musste.⁸ Auf die KPÖ, die zum zweiten Mal nach 1930 landesweit kandidierte – damals hatte sie in starker Konkurrenz zum *Heimatblock* bzw. der ebenso erstmalig kandidierenden *NSDAP (Hitlerbewegung)* immerhin 562 Stimmen oder 0,42 Prozent erhalten –, entfielen 3,26 Prozent oder 4.291 Stimmen, was ein Mandat bedeutete.⁹

Dieses Mandat konnte bei der Wahl zur VI. Gesetzgebungsperiode des burgenländischen Landtags am 9. Oktober 1949 jedoch nicht verteidigt werden. Die KPÖ, gemeinsam mit den Linksozialisten unter dem Namen *Linksblock* angetreten, vermochte unter ihrem nunmehrigen Spitzenkandidaten im Burgenland, Vinzenz Böröcz, zwar landesweit 493 Stimmen hinzu zu gewinnen, verlor aber aufgrund der signifikanten Steigerung der Gesamtzahl der Wahlberechtigten (knapp 170.000 im Vergleich zu 137.000 im Jahr 1945) durch Rückkehrer aus der Kriegsgefangenschaft sowie die Wiederverleihung des Wahlrechtes für minderbelastete Nationalsozialisten hinsichtlich ihres relativen Anteils (minus 0,35 Prozent).¹⁰ Ihre 4.784 Stimmen bedeuteten einen Anteil von 2,91 Prozent der Stimmen, womit der Einzug in den Landtag knapp verfehlt wurde. Mit ein Grund war zudem das erstmalige Antreten einer Partei des dritten Lagers, des unter dem Listennamen *Wahlpartei der Unabhängigen (WdU)* angetretenen *Verband der Unabhängigen (VdU)*, der auf

Anhieb 3,85 Prozent der Stimmen (ca. 6.300) erhielt und sich somit den zuvor von der KPÖ beschickten Landtagssitz sichern konnte. Bemerkenswert bei dieser Landtagswahl 1949 ist zudem das starke Abschneiden der ÖVP, die ihre absolute Mehrheit nicht nur verteidigen, sondern sogar ausbauen konnte (52,61 Prozent), während auf der anderen Seite die SPÖ knapp 4 Prozent verlor und nunmehr bei 40,43 Prozent hielt. Es erscheint naheliegend, dass sich insbesondere die ÖVP die Stimmen der „Ehemaligen“ im Burgenland sichern konnten: „Auch wenn keine Wählerstromanalyse im modernen Stil des 21. Jahrhunderts diese These zu belegen vermag, ist dennoch allein der prozentuelle Transfer sehr augenfällig und für diese Vermutung sehr nahe liegend.“¹¹ Allein die burgenländische KPÖ verweigerte sich konsequent der Stimmen von ehemaligen Nationalsozialisten – und bekam dafür am Wahltag die Rechnung präsentiert.

Die Landtagswahl vom 22. Februar 1953 brachte eine neuerliche Steigerung des absoluten und dieses Mal auch relativen Stimmenanteils der KPÖ, die in einer Bündniskandidatur unter dem Namen *Wahlgemeinschaft österreichische Volksoption* angetreten ist. Im Burgenland bildete die KPÖ in diesem Bündnis, dem der formell im Jahr 1951 gegründete *Bund der kleinen Landwirte*, die Linksozialisten, die *Demokratische Union* sowie die *Nationale Liga* angehörten, die klar dominierende Kraft und stellte mit Vinzenz Böröcz auch den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl. Mit Erfolg: Während das bürgerliche Lager starke Einbußen verkraften und die ÖVP mit dem Verlust ihrer absoluten Mehrheit eine herbe Wahlniederlage einstecken musste (minus 4,17 Prozent und 5.350 Stimmen), legte neben der SPÖ auch die KPÖ/Volksoption zu und erkämpfte sich den Landtagssitz auf Kosten der ÖVP wieder zurück: die Partei konnte ihr Ergebnis von 1949 um nochmals 602 Stimmen steigern, was bei ungefähr gleichbleibender Zahl der Wahlberechtigten einem Anteil von 3,22 Prozent (plus 0,31 Prozent) entsprach.¹² Nach Mödlagl im Jahr 1945 zog nun Böröcz in den so genannten „Wildschweinsaal“ von Schloss Esterházy ein, dem Tagungsort des burgenländischen Landtages in Eisenstadt (das 1930 endgültig bezogene Landhaus wurde erst im August 1955 von der sowjetischen Administration rückübereignet).

In dieser VII. Gesetzgebungsperiode von 1953 bis 1956 sollte die KPÖ zum

bislang letzten Mal im burgenländischen Landtag vertreten sein. Die Landtagswahlen vom 13. Mai 1956 – nach Abzug der sowjetischen Truppen im Gefolge des Staatsvertrages, jedoch vor dem so genannten „Volksaufstand“ in Ungarn vom anschließenden Oktober – fügten der Partei eine herbe Wahlniederlage zu: sie verlor 2.263 Stimmen und fiel mit einem Ergebnis von 3.123 Stimmen deutlich unter 2 Prozent (1,89 Prozent). Damit wurde der Wiedereinzug in den Landtag klar verfehlt. Auf der anderen Seite begann sich der Aufstieg der SPÖ zur dominierenden Kraft im Burgenland abzuzeichnen; konnten doch die Sozialdemokraten ihr Ergebnis neuerlich steigern und ihren Rückstand auf die ÖVP bei 46 Prozent Stimmenanteil auf knapp 5.300 Stimmen verringern.

Bei den Landtagswahlen vom 10. April 1960 erreichte die KPÖ schließlich letztmalig ein Ergebnis über ein Prozent Stimmenanteil: 1.772 Stimmen (minus 1.351) bedeuteten einen Anteil von 1,09 Prozent. Seit mittlerweile mehr als einem halben Jahrhundert spielt die Partei – ungeachtet eines auf niedrigem Niveau zu konstatierenden partiellen Aufschwungs in den 1980er Jahren – in wahlpolitischer Hinsicht keine Rolle mehr.

Die KPÖ-Abgeordneten: Otto Mödlagl und Vinzenz Böröcz

Bei den beiden Landtagsabgeordneten der burgenländischen KPÖ handelt es sich um durchaus große Namen der kommunistischen Bewegung im Burgenland wie in Österreich. Vor dem Hintergrund der Vita Vinzenz Böröcz', von 1946 bis 1981 Parteiobmann der burgenländischen KPÖ, erscheint der Lebensweg Mödlagls weitaus weniger bekannt. Dies mag auf der einen Seite dem relativen frühen Ausscheiden Mödlagls aus seinen politischen Funktionen in der Öffentlichkeit geschuldet sein, während im Fall von Vinzenz Böröcz eine bis zu seinem Tod anhaltende, auch nach außen wirksame politische Aktivität (in seinem letzten Lebensabschnitt als gefragter Zeitzeuge an burgenländischen Schulen sowie als Funktionär des burgenländischen KZ-Verbandes) festzustellen ist. Zudem hat Böröcz mit der Niederschrift seines umfangreichen Memoirenwerkes („Kampf um Boden und Freiheit. Wo das Land den Esterházy gehörte“, 1994) ein spannendes wie seither vielzitiertes Zeugnis zur burgenländischen Zeitgeschichte und zur burgenländischen Parteigeschichte der KPÖ hinterlassen. Dessen ungeachtet kann der im Ver-

gleich zu Böröcz eine Generation ältere Mödlagl als die zentrale politische Persönlichkeit auf Seiten der KPÖ in den ersten Nachkriegsmonaten des Burgenlandes angesprochen werden. Eine ausführliche biografische Skizze dieser beiden Persönlichkeiten muss an dieser Stelle unterbleiben, bleibt jedoch eine nach wie vor wünschenswerte Forderung an die burgenländische Landeshistoriographie zum 20. Jahrhundert.

Mödlagl, geboren 1899 und damit ein Kind des „Fin de siècle“, entstammte einer Wiener Beamtenfamilie und schloss im Jahr 1924 sein Studium des Bauingenieurwesens an der Technischen Hochschule Wien erfolgreich ab.¹³ Von einer frühen Politisierung zeugt sein 1921 erfolgter Beitritt zur KPÖ,¹⁴ die er aber in der Folge wieder verließ. 1928 übersiedelte er ins Burgenland und sollte bald Anschluss an die dortige Sozialdemokratie finden: bis 1934 wirkte er als Gemeinderat von Neusiedl/See, ab 1930 war er zudem Mitglied der Landesparteileitung der SDAP. Im Gefolge des Februars 1934 trat er als einer der prominentesten Parteigänger der burgenländischen SDAP jedoch zur KPÖ über, der er fortan bis zu seinem Tod im Jahr 1975 angehören sollte. Nach der Befreiung Wiens durch die Truppen der Roten Armee wurde er auf Wunsch der sowjetischen Administration als Vertreter der KPÖ für den Aufbau der niederösterreichischen Landesverwaltung eingesetzt; seit 1. Mai 1945 bekleidete er solcherart das Amt des provisorischen Landeshauptmann-Stellvertreters von Niederösterreich, wo er mit dem provisorischen Landeshauptmann Leopold Figl und seinem SPÖ-Pendant Oskar Helmer fortan die niederösterreichische „Dreieinigkeit“¹⁵ bildete. Parallel hiezu fungierte er ab dem 4. Mai 1945 (und bis zum 20. Dezember 1945) als Unterstaatssekretär in dem von Julius Raab geleiteten Staatsamt für Öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau in der Provisorischen Regierung Renner.¹⁶ Nach der verfassungsmäßigen Wiedererrichtung des Burgenlandes mit 1. Oktober 1945 wechselte er schließlich nach Eisenstadt ins Amt des zweiten Landeshauptmann-Stellvertreters des Burgenlandes und wirkte fortan als linke Hand des von Renner gestützten, im Burgenland selbst „eher geduldet denn freudig akzeptiert(en)“¹⁷ provisorischen Landeshauptmanns Leser (SPÖ). Diese Funktion sollte er bis zur Wahl der ersten burgenländischen Nachkriegs-Landesregierung am 4. Jänner 1946 ausüben. In

parteipolitischer Hinsicht wurde Mödlagl im Zuge massiver Konflikte, die 1945/46 innerhalb der burgenländischen KPÖ ausgebrochen waren, von der politischen Nachwuchshoffnung Vinzenz Böröcz abgelöst, der fortan das Amt des Landesparteiobmanns bis in die 1980er Jahre bekleidete und Mödlagl auch als kommunistischer Mandatar im Landtag nach der aus Sicht der KPÖ verlorenen Periode 1949–1953 nachfolgte. Mödlagl kehrte indes in seinen Zivilberuf zurück und konzentrierte sich fortan auf seine Tätigkeit als Betreiber eines Zivilingenieursbüros in Wien, blieb aber weiterhin Mitglied der burgenländischen Landesleitung der KPÖ.

Anders als Mödlagl entstammte Böröcz¹⁸ einer Arbeiterfamilie aus dem nordburgenländischen Breitenbrunn. Bereits während seiner Lehrzeit als Buchdrucker schloss er sich der *Sozialdemokratischen Arbeiterjugend (SAJ)* an; im Zuge der Selbstaufgabe der sozialdemokratischen Führung im Februar 1934 trat auch er zur KPÖ über und wurde bald ihr wichtigster Verbindungsmann für den Neusiedler Bezirk. Nach mehrmaligen Verhaftungen und Gefängnisaufenthalten in der Zeit des Austro- und Hitlerfaschismus wurde Böröcz schließlich zur „Bewährungseinheit“ der Deutschen Wehrmacht, der „Strafdivision 999“, eingezogen, mit der er in Afrika und Italien kämpfte. Nach seiner Rückkehr ins Burgenland Anfang Juni 1945, der ein mehrwöchiger abenteuerlicher Fußmarsch aus Norddeutschland vorangegangen war, wurde er kommunistischer Sekretär in der lokalen Land- und Forstarbeitergewerkschaft, Stadtrat in Eisenstadt (bis 1950) und Landesrat im „provisorischen Landesausschuss“ des Burgenlandes. Während Mödlagl als Landeshauptmann-Stellvertreter mit dem operativen Tagesgeschäft nur nachgeordnet in Berührung kam, kümmerte sich Böröcz um drängende Alltagsfragen wie die Ernährungslage. Aufgrund der Notwendigkeit, eine funktionierende Lebensmittelversorgung und zentrale -verteilung sicherzustellen, wurden die burgenländischen Kommunisten, allen voran Böröcz, sodann „nicht selten als ‚Enteigner‘ und ‚Requirierer‘ verflucht“.¹⁹ Im September 1945 vertrat er zudem das Burgenland als Delegierter auf der ersten Länderkonferenz in Wien. Nach gravierenden innerparteilichen Auseinandersetzungen, die sich personell in einem nicht mehr zu kittenden Bruch zwischen Mödlagl und dem von Wien ins Burgenland entsandten Landespartei sekretär



Otto Mödlagl (1899–1974)

Robert Rosak, einem Mann der Moskauer Politmigration und der Rückkehrer-„Initiativgruppe“ vom April 1945 um Johann Kopenig und Ernst Fischer,²⁰ manifestierte, wurde Mödlagl de facto entmachtet und im Einvernehmen mit Kopenig durch Böröcz ersetzt – Kopenig hatte nach Bekunden von Böröcz letzterem zuvor geraten, „den Stier bei den Hörnern zu packen“²¹ und die innerparteiliche Krise zu lösen. Auf dem Landesparteitag im Oktober 1946 übernahm Böröcz schließlich nach einem im Übrigen einstimmigen Votum auch formell die Führung der burgenländischen Partei,²² in deren Landesleitung nun neben Mödlagl noch Hans Pointner, Josef Stranzl, Eugen Schneider, Josef Beiglböck, Paul Koller, Johann Lechner, Johann Wild, Susanna Steiner, Hans Schreiber, Johann Paar und Erich Schimmerl zu finden waren (mit Ausnahme des Bernsteiners Beiglböck allesamt aus den nördlichen Bezirken des Burgenlandes). Seit 1948 war Böröcz auch Mitglied im Zentralkomitee der Partei, aus dem er erst im Jahr 1984 altersbedingt ausscheiden sollte.

Zahlen und Themen zur Periode 1945–1949

Das im Oktober und November 1945 propagierte Wahlprogramm der KPÖ nahm die wichtigsten von ihr im Landtag behandelten Themen vorneweg: Sicherung der Lebensmittelversorgung, Demokratisierung des Staatsapparats und der Gesellschaft, Amnestie-Frage und immer wieder die Forderung nach Durchführung der Bodenreform. Nach den Wahlen vom 25. November 1945 und der Konstituierung des neuen Landtages am 13. Dezember 1945 oblag es

Mödlagl als einzigem kommunistischen Abgeordneten, sich zu nahezu jeder Materie zu äußern. Das von ihm behandelte Themenspektrum war daher notgedrungen äußerst breit und reichte von grundsätzlichen Stellungnahmen zur Regierungserklärung von Landeshauptmann Karall (4. Januar 1946) über Fragen der Ernährungslage (16. Februar 1946) und der Sportpolitik (15. April 1947) bis zur Neufassung des burgenländischen Jagdgesetzes (29. Juni 1949) und, mithin die Quintessenz jeder Tagespolitik, der Budgetproblematik und damit der konkreten Verwendung, Steuerung und Verteilung der vorhandenen Finanzmittel. Es vermag daher nicht zu verwundern, dass Mödlagl mit seinen insgesamt 19 Wortmeldungen der mit Abstand aktivste Landtagsredner war: Neben seinen beiden Ansprachen bei den jährlich im Gedenken an die Befreiung des Burgenlandes durch die Rote Armee abgehaltenen Festsitzungen vom 13. April 1946 und 13. April 1948 (anlässlich der Festsitzungen 1947 und 1949 sprach er nicht) meldete er sich inhaltlich 17 Mal zu Wort, zudem stellte er drei Anträge. Letztere bezogen sich auf die Veranschlagung eines außerordentlichen Unterstützungs-Betrages für die Opfer des Faschismus in der Höhe von 2.000 Schilling (eingebracht am 25. September 1946) sowie in den übrigen beiden Fällen auf die umgehende Durchführung der Bodenreform (1946 und 1947, siehe gesondert unten). Als Ein-Mann-Fraktion ist zudem zu vermerken, dass Mödlagl gemäß der Geschäftsordnung des Landtages in keinen Ausschuss gewählt wurde.

Neben der Bodenreform waren es insbesondere Fragen der konkreten Ausgestaltung der Budgetpolitik des Landes, zu denen Mödlagl umfassende Stellungnahmen abgab. Er äußerte sich zu jedem Landesvoranschlag im Zeitraum seines Mandats, wobei er nicht nur in der Spezialdebatte zu einzelnen Punkten im Detail einging, sondern immer auch die Gelegenheit zu einer allgemein-politischen Einschätzung der Situation nutzte. So forderte er etwa im Zuge der Diskussion des Landesvoranschlags des Jahres 1946 am 25. September 1946 neben einer „möglichst weitgehende(n) Steuerhoheit“²³ für das Burgenland zwecks Durchführung einer umfassenden wirtschaftlichen Aufbauagenda und Infrastrukturpolitik²⁴ die Schaffung einer leistungsfähigen und demokratischen „Zentralverwaltung“.²⁵ Eine derartige Verwaltung begriff er als unerlässliche Voraussetzung, geradezu als Hebel für die

Konsolidierung und Entwicklung des Landes. Hier warf er auch den beiden Großparteien Versäumnisse vor, da ÖVP und SPÖ beim Neuaufbau des Beamtenkörpers eben nicht darauf achten würden, dass „neues und junges Blut in den alten Apparat hineinkommen möge“, vielmehr eine „Stimmzetteldemokratie“ unter weitgehendem Ausschluss des Volkes mit einem alteingesessenen Verwaltungsklientel betrieben.²⁶ Für Mödlagl spielten dabei die Stärkung der Bezirkshauptmannschaften und ihr Ausbau zu demokratischen Verwaltungskörpern eine entscheidende Rolle; nur so könne „eine Mitarbeit der Bevölkerung an der Verwaltung“ gewährleistet werden.²⁷ Dies erschien ihm gleichermaßen eine „Garantie für die Demokratie im Lande“, bedeute doch „ein Verwaltungssystem, zu dem der größte Teil der Bevölkerung kein inniges Verhältnis hat, an dem ein großer Teil der Bevölkerung nicht auch mitarbeiten kann“, eine Gefährdung für die Demokratie im Land: „[...] ein solches System muß letzten Endes volksfeindlich bleiben und es kann nur weiter verwaltet werden neben dem Volk und manchmal, wie wir es in der letzten Zeit gesehen haben, auch gegen das Volk“.²⁸

In ähnlicher Weise äußerte sich Mödlagl auch im Zuge der Diskussion des Landesvoranschlags 1947 im darauffolgenden Jahr (15. April 1947). Ziel der KPÖ sei „eine Republik, ein Staat, der gedeihen soll und der durch die Zusammenarbeit aller Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte des Landes verwaltet werden muß“.²⁹ Gleichzeitig zog Mödlagl aber den Umkehrschluss, dass „jene, die die Demokratie bekämpfen, die nicht auf dem Boden unseres Staates stehen, kein Recht haben in diesem Staat zu reden und Propaganda zu treiben“. Und er wurde mit Bezug auf die bereits einsetzenden Diskussionen über eine Amnestie ehemaliger Nationalsozialisten deutlich: „Dazu gehört aber auch, daß wir alles, was aus jener Zeit, besonders aus den Jahren des Faschismus zurückgeblieben ist, geistig und vielleicht da und dort auch materiell ausrotten müssen.“³⁰

Eine besondere Stellung innerhalb der parlamentarischen Tätigkeit Mödlagls im burgenländischen Landtag nimmt sein Kampf gegen die Verabschiedung des neuen burgenländischen Jagdgesetzes im Jahr 1949 ein. Dies mutet nur auf den ersten Blick als Kuriosum an, ging es doch der KPÖ um nichts weniger als die Entflechtung von Jagdrecht und Großgrundbesitz. Im neu formulierten § 4 des burgenländischen Jagdgesetzes

wurde die Jagd nämlich an den Grundbesitz gebunden, was für Mödlagl schlicht ein Skandal und eine „bürokratische Mißgeburt“ war.³¹ ÖVP und SPÖ wollten jedoch das neue Jagdgesetz unbedingt noch in der laufenden Legislaturperiode beschließen und peitschten es in der letzten Sitzung des Landtages vom 29. Juni 1949 trotz schwerster Bedenken Mödlagls durch. Für ihn erinnerte das Gesetz an „Gesetze in der Nazizeit, wo den Jägern und Großgrundbesitzern gewisse Rechte zugesprochen wurden, die weit darüber hinausgingen, was diese Kreise an Rechten jemals in Oesterreich hatten“.³² Sein Appell an die SPÖ, dem Gesetz nicht zuzustimmen, verhallte jedoch ungehört.

Zahlen und Themen zur Periode 1953–1956

Nach der enttäuschenden Landtagswahl 1949 fand sich die burgenländische KPÖ in der nunmehr ungewohnten Situation einer fehlenden Verankerung im höchsten politischen Vertretungskörper des Landes wieder. Sie nutzte jedoch die über vierjährige Zeitspanne zu ihrer organisatorischen und strukturellen Restrukturierung sowie politischen Aktivitäten auf lokaler Ebene, wo die Partei fallweise über eine nach wie vor ungebrochene Verankerung verfügte. Mit Unterstützung der sowjetischen Administration in Österreich gelang beispielsweise die Aufteilung und Verpachtung von etwa 15.000 Hektar Großgrundbesitz im Burgenland an Kleinbauern und Gemeinden.³³ Diese Entwicklung korrespondierte in strukturell-organisatorischer Hinsicht in der Gründung des überparteilichen, mit der KPÖ jedoch „freundschaftlich verbundene(n)“³⁴ *Bundes der kleinen Landwirte* im Jahr 1951, der seine Basis wiederum in den vor Ort gebildeten lokalen Pächterausschüssen hatte und auch personell enge Verflechtungen zur KPÖ aufwies: So handelte es sich beim Sekretär der burgenländischen Landesorganisation des *Bundes der kleinen Landwirte* um Ferdinand Panzenböck, Absolvent der Lenin-Schule in Moskau, Spanienkämpfer und ehemaliger Bezirkssekretär der KPÖ Eisenstadt.³⁵

In gewisser Weise wurden die inhaltlichen Schwerpunkte der Tätigkeit der KPÖ im burgenländischen Landtag programmatisch bereits im Vorfeld determiniert. Unter dem Titel „Der Weg zum Aufstieg des Burgenlandes“ hatte Spitzenkandidat Böröcz einen „Appell an alle Burgenländer“ lanciert und breit verteilt, in dem, auf vier wesentliche Punkte

reduziert, ein tagespolitisches Sofortprogramm präsentiert wurde, gleichermaßen eine Einladung an die burgenländische Bevölkerung, ein erstes kleines Stück des Pfads zum Sozialismus gemeinsam mit der KPÖ zu beschreiten. Böröcz zielte jedenfalls in synthetischer Zusammenführung von Nah- und Fernziel auf die Bekämpfung der dringendsten Gegenwartsprobleme des Burgenlandes und eine wirtschaftspolitische Konsolidierung ab, auf deren Basis schließlich die Etablierung einer gänzlich neuen Gesellschaftsformation angegangen werden konnte. Mit anderen Worten präsentierte er die Kommunisten als die besseren Wirtschaftler, mit Schwerpunkt auf der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Eindämmung der Abwanderung burgenländischer Arbeitskräfte aus dem Land. Hiezu sollten die Industrialisierung auf der Grundlage der landeseigenen Bodenschätze vorangetrieben, die Bodenreform zur Schaffung eines existenzfähigen landwirtschaftlichen Produktionssektors abseits des Großgrundbesitzes durchgeführt, die Infrastruktur des Landes ausgebaut und verbessert sowie die Entwicklung des Fremdenverkehrs vorangetrieben werden.³⁶

Der Wiedereinzug in den burgenländischen Landtag kam vor diesem Hintergrund nicht unerwartet. Ebenso wie zuvor Mödlagl agierte Vinzenz Böröcz in der Folge als überaus arbeitsamer Mandatar: acht Anträge sowie 17 Wortmeldungen machten ihn noch vor Adalbert Ladislaus Görz von der WdU (zwei Zusatzanträge bei ebenso 17 Redebeiträgen) zum „dienstfertigsten“ Abgeordneten. Die Anträge von Böröcz betrafen dabei neben der Bodenreform (1953 und 1954, siehe unten) die Beseitigung der Besatzungskostensteuer (13. Oktober 1953), den Verzicht auf die Ablieferung des im Finanzausgleichsgesetz 1950 festgeschriebenen „Bundespräzipiums“ – der Beitragleistung der Länder und Gemeinden zur Deckung des Defizits im Bundeshaushalt – durch das Burgenland (13. Oktober 1953) bzw. die gänzliche Abschaffung dieses Bundespräzipiums (18. Dezember 1953), die finanzielle Entlastung der Gemeinden (18. Dezember 1953), die Errichtung einer Ringwasserleitung für das Burgenland (4. März 1954), die Gewährung von Darlehen zur Förderung des Genossenschaftswesens im Wohnbau (4. März 1954) sowie die Ablehnung der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland (20. Dezember 1954). Alle Anträge von Böröcz wurden von der Landtagsmehrheit abgelehnt. Ebenso wie

Mödlagl war auch Böröcz in keinem Landtagsausschuss vertreten.

Neben der stetigen Propagierung der Bodenreform nahm Böröcz zu den unterschiedlichsten Themen Stellung, wobei die wirtschaftliche, bildungspolitische und kulturelle Weiterentwicklung des Burgenlandes ebenso wie die Stärkung seiner Position im föderalen Gefüge Österreichs zu seinen zentralen Anliegen gehörten. Mit Nachdruck setzte er sich etwa in der Generaldebatte zum Landesvoranschlag 1953 vom 25./26. Juni 1953 für einen neuen Bund-Länder-Finanzrahmen und das Auslaufen des Bundespräzipiums ein, das er als Beleg für eine durchgängige Benachteiligung des Landes durch die Bundesregierung ansah.³⁷ Böröcz hat sich in der Folge wie kein anderer Abgeordneter mit dem burgenländischen Finanzplan beschäftigt, wobei die Detailkenntnis der von ihm diskutierten Ausgabenposten auf eine äußerst penible Beschäftigung mit der Materie schließen lässt (beredtes Zeugnis hievon gibt etwa seine umfassende Behandlung des Landesvoranschlags 1954 am 18. Dezember 1953). Ebenso wie Mödlagl sah er in den Budgetberatungen zudem die Möglichkeit, um „grundsätzlich über alle wirtschaftlichen und politischen Probleme im Land zu sprechen“.³⁸ Ganz im Sinne des vor der Wahl präsentierten 4-Punkte-Programmes plädierte Böröcz jedenfalls für den gezielten Einsatz von Finanzmitteln zum Aufbau der burgenländischen Wirtschaft; das benötigte Kapital sollte aus einer neu ausverhandelten Steuerarithmetik mit dem Bund stammen. Das Burgenland sah er jedenfalls bereits wieder zum „Notstandsgebiet Nr. 1“ herabgesunken.³⁹ Um einer drohenden weiteren Verschlechterung der Lage Einhalt zu gebieten, forderte Böröcz die Abschaffung jeglicher Art von finanziellen „Notopfern“ für den Bund, die Beteiligung der Länder am ganzen Ertrag des Steueraufkommens (wie etwa der Umsatzsteuer) sowie zuletzt die Übernahme des „Betriebsabganges“ der burgenländischen Krankenanstalten durch den Bund,⁴⁰ einem der traditionell bedeutendsten Defizitposten im burgenländischen Landesbudget.

Die bei Mödlagl noch im Zentrum stehende Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung der Landesverwaltung ist bei Böröcz hingegen weniger stark akzentuiert; die KPÖ hatte sich hier offenbar mit den politischen Realitäten und der monokratischen Organisation der Bezirkshauptmannschaften abgefunden. Im Gegensatz dazu rückte nun die



Vinzenz Böröcz (1915–1994)

Schulfrage vermehrt in den Fokus, wobei sich Böröcz dezidiert für die Erhaltung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt des Landes und gegen etwaige „Germanisierungstendenzen“ aussprach.⁴¹ Ein zusätzliches Anliegen der Kommunisten stellte auch die schnellere Abwicklung von Anträgen bei der burgenländischen Landesverwaltung im Zusammenhang mit den seit 1952 gesetzlich verankerten Entschädigungsleistungen für die Opfer des Faschismus dar. Böröcz prangerte hier einerseits die oftmals willkürliche Behandlung der Anträge durch die Behörden, andererseits auch den Umgang einzelner Landesbeamter mit den Bürgern an. Er selbst wurde im Zuge eigener Recherchen beispielsweise als „Zigeunervertreter“ verunglimpft.⁴² Diese Episode verdeutlicht die für Böröcz typische Herangehensweise an Probleme, die er nicht allein abstrakt von der Landtagstribüne aus behandeln, sondern vor Ort einsehen und, wenn möglich, lösen wollte. Die in seinen Reden immer wieder getätigten Verweise auf konkrete Fälle aus der Praxis zeugen von seinem nahezu unermüdlischen Einsatz für die burgenländische Bevölkerung und der ernst genommenen „Volksanwaltschaft“ von Böröcz in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter.

In seinen letzten Wortmeldungen vor dem Ablauf seines Landtagsmandats setzte sich Böröcz dann nochmals für den umgehenden Ausbau der Infrastruktur des Landes ein. Für Vorhaben wie die Errichtung einer Ringwasserleitung (von ihm bereits 1954 gefordert⁴³), dem Ausbau der Nord-Süd-Verbindung oder der Schaffung von industriellen Arbeitsplät-

zen im Land – allesamt Teile eines am 26. Mai 1955 von der SPÖ eingebrachten und von der KPÖ mitgetragenen 8-Punkte-Programmes zur wirtschaftlichen Entwicklung des Burgenlandes⁴⁴ – sollte eine Anleihe aus der Sowjetunion aufgenommen werden, um die notwendige Kapitaldeckung zu erreichen.⁴⁵ Bőröcz' Anregung wurde nicht aufgegriffen (von ihm zur Bankrotterklärung der burgenländischen Regierungsspitze gegenüber ihrem eigenen Land stilisiert⁴⁶), ebenso wenig wie sein abermaliger Versuch, in der Frage der Bodenreform voranzukommen. Diese Forderung nach einer umfassenden Bodenreform stellte nicht nur in der grundsätzlichen politischen Programmatik der burgenländischen KPÖ einen entscheidenden Punkt dar, sondern war zweifelsohne das zentrale Anliegen auf der Landtagsagenda der Partei.

Die Forderung der KPÖ nach der Bodenreform im burgenländischen Landtag

Nach der aus Sicht der KPÖ enttäuschend verlaufenen Landtagswahl 1945 („Leider ist es noch nicht gelungen, das Volk aufzurütteln“⁴⁷) stellte die Partei nun voll auf die Forderung einer sofortigen Bodenreform ab, die gleichzeitig als inhaltliches Gegengewicht zur „traditionelle(n) Politik des ‚Forstwurstelns‘“ der beiden Großparteien positioniert wurde.⁴⁸ Das Parteiorgan der KPÖ, das *Freie Burgenland*, gestand zwar unumwunden die Wahlniederlage der kommunistischen Bewegung ein, richtete aber im gleichen Moment den Blick vorwärts und bezeichnete die kommenden Jahre als „Beginn einer neuen Periode [...], die uns mit verdoppelter Kraft im Angriff sehen wird“.⁴⁹ Mödlagl sei in seiner Funktion als Vertreter der Kommunisten im Landtag der personifizierte Garant einer politischen Anwaltschaft der burgenländischen Werktätigen (denn als ein solcher Anwalt verstand sich die burgenländische Partei), kulminierend in der auf die Bodenreform abzielenden Losung, „daß der Boden endlich dem gehören soll, der ihn bebaut“.⁵⁰ Mit Verweis auf die Wahl-Broschüre Mödlagls vom Oktober 1945⁵¹ und den dort vorgestellten Maßnahmen-Katalog zur umgehenden Durchführung der Bodenreform bemerkte die Parteizeitung in Richtung SPÖ/ÖVP: „Dieses Programm kann sofort und ohne Verzögerung durchgeführt werden!“⁵²

Programmatik und Genese dieser Forderung nach einer Bodenreform ab einer Größe von 200 Joch (allerdings gegen Entschädigung) zulasten des adeligen

Großgrundbesitzes im Burgenland wurden bereits andernorts en détail dargelegt.⁵³ Von Interesse ist im hiesigen Zusammenhang nun der spezifisch parlamentarische Gang dieser Forderung durch die Institution Landtag.

Auf der Ebene des verbalen Bekenntnisses sprachen sich neben neben der KPÖ anfänglich auch die mit absoluter Mehrheit regierende ÖVP sowie die SPÖ für die Bodenreform aus. In der ÖVP setzte sich jedoch schon bald nach ihrem ursprünglichen, öffentlichkeitswirksam vorgebrachten „Ja“ auf bundes- als auch auf landespolitischer Ebene mit den Regierungserklärungen Figl⁵⁴ bzw. Karall⁵⁵ die Auffassung durch, dass der Großgrundbesitz nicht nur für die generelle volkswirtschaftliche Entwicklung Österreichs, sondern auch für die Sicherstellung der Ernährung in der unmittelbaren Nachkriegszeit unerlässlich sei. Der für Agrarfragen zuständige ÖVP-Landesrat Johann Bauer beteuerte in der 9. Sitzung des burgenländischen Landtages vom 25. September 1946, gewissermaßen als Entgegnung auf den kurz zuvor abgelehnten Entschließungsantrag Mödlagls zur Durchführung einer Bodenreform, dass „das Wort ‚Bodenreform‘ vielleicht gar nicht der richtige Ausdruck ist, den wir gebrauchen sollten“.⁵⁶ Bauer vertrat demgegenüber die Meinung, man solle lieber von „Bodengestaltung“ oder von „Siedlung“ sprechen und begründete dies mit volkswirtschaftlichen Argumenten. Es wäre aus ökonomischen Gründen „nicht gesund und nicht klug [...], dies alles einfach in kleine Stücke aufzuteilen, denn wir wissen, wie gut es gerade in der Notzeit gewesen wäre, wenn der Großgrundbesitz im vorigen Jahr funktioniert hätte“.⁵⁷

Der angesprochene Entschließungsantrag Mödlagls auf dieser 9. Sitzung des burgenländischen Landtages war die erste von einer ganzen Reihe an parlamentarischen Initiativen der KPÖ in dieser Materie und zielte darauf ab, „die Bundesregierung zu ersuchen, im Nationalrat ehestens ein Grundgesetz über die Durchführung einer Bodenreform in Österreich einzubringen“.⁵⁸ Dies sei bereits aus wirtschaftlichen Überlegungen notwendig, stand für Mödlagl aber zudem in direktem Zusammenhang mit der Kriegsgefangenen- und Heimkehrerproblematik: „Tausende und Zehntausende junger Menschen, die in Kriegsgefangenschaft waren, sind zurückgekehrt. [...] Die Frage der Beschäftigung unserer Heimkehrer, die Frage der Existenzgründung unserer Heimkehrer in den Dörfern,

ist ebenfalls enge verbunden mit der Durchführung der Bodenreform in Österreich, insbesondere im Burgenland.“⁵⁹

Entgegen den Beteuerungen der Landespolitiker fand der Antrag jedoch nicht die, wie der Landtagspräsident vermerkte, „geschäftsmäßig erforderliche Unterstützung“,⁶⁰ da sich die ÖVP bereits zu diesem Zeitpunkt von einer Bodenreform auf dem Weg von Enteignungen distanzierte⁶¹ und die SPÖ wiederum sich nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der KPÖ entschließen konnte. Ernst Hoffenreich, Klubobmann der SPÖ-Fraktion im Landtag, bezog sich in seiner Stellungnahme in der Generaldebatte des Landesvoranschlags 1946 nach vorhergehender Ablehnung des Mödlagl-Antrages direkt auf „die Erfahrungen, die man mit der Bodenreform in der Sowjetunion gemacht hat“⁶² und denen nichts weniger als „weltweite Bedeutung“ beizumessen seien.⁶³ Auf der einen Seite trat Hoffenreich zwar dafür ein, „einen Teil des den Kapitalisten weggenommenen Bodens schon bestehenden Landwirten“ zuzuteilen, um andererseits und eingedenk der Erfahrungen mit den „fortschrittliche(n) Großbetrieben“⁶⁴ in der Sowjetunion zu präzisieren: „Wenn wir diese Erfahrungen von so weit draußen in der Sowjetunion und die Erfahrungen, die wir hier im eigenen Lande gemacht haben, zu einer Synthese vereinigen, so müssen wir uns sagen, wenn wir den magyarischen Eigentümern diesen Großgrundbesitz wegnehmen, dann wollen wir einen wesentlichen Teil davon nicht zerschlagen, sondern zu Schulen und Lehrbetrieben für unsere Bauern, also für die gesamte Landwirtschaft des Burgenlandes ausgestalten.“⁶⁵

Ein Jahr später formulierte Hoffenreich die Position der SPÖ noch deutlicher. Unter dem Kampfruf „Der Boden in unserem Land soll uns gehören!“⁶⁶ verkündete er, dass „die Zeiten der Großgrundbesitzer“ zwar vorüber seien, damit jedoch nicht eine Art „wilder“ Umverteilung ihres Bodens verbunden sein dürfe, wie man sie schon ansatzweise im Burgenland erlebe. Denn: „Wie dann dieser Grund und Boden verwendet wird, darüber kann man reden. Kein vernünftiger Volkswirtschaftler wird die Ansicht vertreten, daß der früher nach kaufmännischen Grundsätzen bewirtschaftete Großgrundbesitz nunmehr in Hände übergehen soll, die daraus weniger hervorbringen und dadurch der Volkswirtschaft weniger zur Verfügung gestellt wird als früher.“⁶⁷

Die Diskussion ist dabei im Kontext einer äußerst prekären Ernährungs-

situation zu sehen,⁶⁸ deren Lösung von der SPÖ nur mittels großagrarischer Strukturen für möglich angesehen wurde. Die vereinzelt schon beginnende Umverteilung des Bodens auf Grundlage von lokaler Eigeninitiative und/oder durch die USIA-Verwaltung (oftmals unter Vermittlung der KPÖ)⁶⁹ wurde damit expressis verbis als Fehler hingestellt. Zwar hatte auch die KPÖ in einer politischen Entschließung auf ihrer Landeskonzferenz vom 14. Oktober 1945 dafür plädiert, „eine Anzahl von Musterwirtschaften“ einzurichten, die im Besitz des Staates bleiben sollten,⁷⁰ jedoch keinen Zweifel daran gelassen, dass der hauptsächliche Teil des enteigneten Großgrundbesitzes zur Verteilung gelangen müsse – und zwar aus eben jenen volkswirtschaftlichen und effizienztechnischen Überlegungen, die auch die SPÖ anstellte: Nur durch die Aufteilung der enteigneten Flächen sei eine „weitgehende Intensivierung der Landwirtschaft“ möglich, „um auf jedem Quadratmeter möglichst viel hervorzubringen“.⁷¹

Im Übrigen verwarnte sich Mödlagl im Landtag dagegen, die Erfahrungen aus der russischen Revolution von 1917 „mechanisch auf andere Länder zu übertragen“. Die Kolchoisierungs-Bewegung in der Sowjetunion sei notwendig gewesen, weil „die Mechanisierung der Landwirtschaft auf eine andere Weise nicht durchführbar war und weil es notwendig war, Arbeitskräfte für den Aufbau der Industrie zu gewinnen“. In Österreich würden gänzlich andere Verhältnisse herrschen, könne man sich doch auf eine bereits im 19. Jahrhundert durchgeführte Agrarreform stützen und finde man sich zweitens nicht in der Situation, dass „man alles tun müßte, um Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft für die Industrie freizubekommen. Ich glaube, daß die augenblickliche wirtschaftliche Lage [...] unseres Landes vielmehr so gestaltet ist, daß es notwendig wäre, daß mancher, der früher in der Industrie und im Gewerbe beschäftigt war, heute wieder in der Landwirtschaft tätig wäre.“⁷²

Mit entscheidend für die ablehnende Haltung der SPÖ dürfte jedenfalls auch eine sich zusehends verschärfende politische Auseinandersetzung mit der KPÖ gewesen sein. Die SPÖ, so Sinowatz, hätte in diesen „Kampfjahren“ nämlich „die Hauptlast des politischen Widerstandes gegen die Bemühungen der Kommunisten, Österreich in die Nähe der Volksdemokratie zu führen“, zu tragen gehabt⁷³ und damit nicht nur gegen eine „radikalisierte“ und – aufgrund der Beziehungen



Gründungskonferenz der burgenländischen „Volksopposition“ am 11. Jänner 1953.

zur sowjetischen Besatzungsmacht – „materiell hervorragend ausgestattete“ KP zu kämpfen gehabt, sondern auf der anderen Seite gegen eine Volkspartei, die keine Gelegenheit ausließ, die Gefahr der Einheitsfront an die Wand zu malen und sich mit der Identifizierung der SPÖ als verkappte Kommunisten wahltaktische Vorteile erarbeiten wollte.⁷⁴

Verknüpfung des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes

Um ihrer Forderung nach einer Beschleunigung der Durchführung einer Bodenreform nochmals Nachdruck zu verleihen, initiierte die burgenländische KPÖ eine landesweite Unterschriftenaktion, die „sicher als die erfolgreichste politische Aktivität der Kommunisten im Burgenland gewertet werden kann“,⁷⁵ wie Hans Chmelar festhält. Ausgehend von den Gemeinden um die größten Landgüter der Großgrundbesitzer wurde die Kampagne ins ganze Land getragen.⁷⁶ Mehr als 20.000 Personen⁷⁷ unterstützten mit ihrer Unterschrift die von der KPÖ aufgesetzte Erklärung, dass sie sich „mit dem Vorschlag der KPÖ zur Durchführung einer Bodenreform auf Kosten der Esterhazy und anderer ausländischer Großgrundbesitzer zugunsten der Landarbeiter und Kleinbauern“⁷⁸ einverstanden zeigten.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund nahm die Frage der Bodenreform weiter einen zentralen Stellenwert in der Landtagspolitik der KPÖ ein. Die Partei drängte darauf, den lokal schon stattfindenden Eingriff in die Besitzrechte des Großgrundbesitzes zu institutionalisieren

und einer gesetzlichen Regelung zuzuführen. Am 18. April 1947 kulminierte die politische Diskussion schließlich in einem gemeinsamen Antrag von ÖVP, SPÖ und KPÖ, der die österreichische Bundesregierung und den Nationalrat dazu aufforderte, in Bezug auf die Bodenreform, die „für das Burgenland dringend notwendig“⁷⁹ sei, „die Vorarbeiten zu beschleunigen und rasch zum Abschluß zu bringen“.⁸⁰

Mödlagl, für den es sich um eine „Existenzfrage“⁸¹ handelte, nahm die gemeinsame Resolution „mit Befriedigung“ zur Kenntnis, erinnerte aber gleichzeitig daran, dass noch vor kurzem der Landtag dem von ihm eingebrachten Antrag zur Bodenreform nicht zustimmen wollte und auch die Diskussion in Wien ergebnislos verlaufen war.⁸² Die Bodenreform sei aber „keine Frage, die in den nächsten Jahren durchgeführt werden kann, sondern eine Frage, die unmittelbar durchgeführt werden muß“.⁸³ Eine permanente Thematisierung seitens des Landtages und der Landespolitik sei daher unerlässlich, allein schon in taktischer Hinsicht, um ein abermaliges Aus- und Zurückweichen des Nationalrates wie in der Vergangenheit zu verhindern.⁸⁴

Die SPÖ trat in der Debatte nun ebenso dafür ein, die Bodenreform „so rasch wie möglich und wenn möglich sofort“⁸⁵ durchzuführen, verwies allerdings darauf, dass die grundsätzliche Entscheidung für die Durchführung einer Bodenreform in Wien läge und schloss in Person Hans Bögl mit den pathetischen Worten: „Wenn aber die österreichische Republik die Bodenreform nicht durchführt, wenn sich der Nationalrat nicht entscheiden



Kundgebung des „Bunds der kleinen Landwirte“ für die sofortige Durchführung der Bodenreform am 2. Oktober 1955 am Hauptplatz von Eisenstadt.

kann, die Bodenreform zum Gesetz zu erheben, dann hat die Republik Oesterreich den Anspruch verwirkt, sich eine gerechte, soziale Republik zu nennen!“⁸⁶

Dies fand allerdings keinen Zuspruch bei der ÖVP.⁸⁷ Die Volkspartei versäumte die Gelegenheit nicht, trotz ihrer Zustimmung zum Antrag in der Debatte an ihre grundsätzlichen Vorbehalte gegen eine radikale Bodenreform anzuschließen und daran zu erinnern, dass man in der Vergangenheit bereits „den Siedlern mit der Errichtung von kleinen Siedlungen keine große Freude“ gemacht habe, da diese sich in Folge „sehr schwer getan haben, um sich überhaupt halten zu können“.⁸⁸ Bei der Aufteilung des Bodens sei daher unbedingt darauf zu achten, „wie es für das Land, das Volk und ganz Oesterreich am nützlichsten ist“.⁸⁹

Das konkrete Wie der Durchführung wurde weder im Antrag behandelt noch in der Diskussion präzisiert. Bögl vertrat sogar offen die Auffassung, dass man sich „heute auch nicht darüber auseinandersetzen“ wolle, „wie die Bodenreform durchgeführt wird“.⁹⁰ Man werde sich erst „gründlich darüber unterhalten“,⁹¹ wenn im Nationalrat die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen wären. Je nach ideologischem Hintergrund wollte also jede Partei etwas anders unter dem gemeinsam eingebrachten Antrag verstehen. Unter diesem Aspekt verdient er die Bezeichnung „gemeinsamer“ kaum und ist vielmehr als eine vage, wahlkampfstrategisch motivierte Willensbekundung seitens der SPÖ und ÖVP aufzufassen.⁹² „Die Aufforderung an den Nationalrat“, so Lütgenau, „ge-

schah entweder in Unkenntnis der Rechtslage oder aus rein aktionistischen Gründen“,⁹³ wobei angesichts der „krasse(n) Inaktivität der Burgenländischen Landesregierung“⁹⁴ in der Verfolgung der Angelegenheit für die zweite Interpretation zu plädieren ist. Sowohl in der SPÖ als auch in der ÖVP fehlte der „politische Wille, eine Bodenreform ernsthaft anzugehen und bei den Bundesparteizentralen in Wien einzufordern“.⁹⁵

Zwar trat Landeshauptmann Karall auf der Grundlage des Landtags-Beschlusses noch im April 1947 an Nationalratspräsident Kunschak und Bundeskanzler Figl heran, um diesen um die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für eine Bodenreform im Burgenland zu bitten. Nach dem Einlangen der Antworten – Kunschak teilte mit, dass nach der Geschäftsordnung des Nationalrates Beschlüsse der Landtage nicht unmittelbar Gegenstand einer Verhandlung des Nationalrates sein könnten; Figl verwies auf den in Behandlung stehenden Gesetzesentwurf zur landwirtschaftlichen Siedlungswesen⁹⁶ – zog sich die Landesregierung jedoch wieder auf die Position der Inaktivität zurück. Die ÖVP hatte ohnehin nicht das geringste Interesse an der Umsetzung der Bodenreform,⁹⁷ die SPÖ beließ es bei weiteren verbalen Bekenntnissen und öffentlichen Schuldzuweisungen an die Adresse ihres Regierungspartners, deren Untätigkeit auf Landes- und Bundesebene dazu geführt hätte, dass „die Frage der Bodenreform nicht weiter gediehen ist als bis zu verschleppenden Diskussionen im Bodenreformausschuß des österreichischen Parlaments“.⁹⁸

Als Mödlagl, des Zuwartens überdrüssig, am 13. April 1948 einen neuerlichen Antrag zur „Durchführung der Bodenreform im Burgenland“⁹⁹ im burgenländischen Landtag einbrachte, erhob sich laut Parlamentsprotokoll bei der Abstimmung kein einziger Abgeordneter der Regierungsparteien zur notwendigen Unterstützung, was Mödlagl zum empörten Ausruf veranlasste: „Das ganze Gerade über die Bodenreform im Landtag ist also doch nur eine Augenauswischerei!“¹⁰⁰

Hatte sich die ÖVP bereits zuvor aber schon inhaltlich von der Bodenreform distanziert, so kam ein gemeinsames Vorgehen mit der ganz offen als „Zwergpartei“ punzierten KPÖ, „die nicht das Vertrauen der Bevölkerung hat, von der Bevölkerung nichts wissen will, und die sich auf die Bajonette der Besatzungsmacht stützt“,¹⁰¹ für die SPÖ offensichtlich nicht in Frage. Die 36. Sitzung des burgenländischen Landtages vom 17./18. Dezember 1948 nahm Mödlagl daher zum Anlass für eine Abrechnung mit der Landwirtschaftspolitik von ÖVP und SPÖ: Bei der Bodenreform habe sich abseits von jährlich wiederkehrenden Diskussionen „nicht das Geringste getan“.¹⁰² Die Frage dürfe aber „nicht Propagandamittel von einer Wahl zur anderen sein, die Bodenreform ist etwas, was durchgeführt werden muß, um unsere burgenländischen Kleinbauern in allererster Linie lebensfähig zu erhalten“.¹⁰³

Nach dem Verlust des Landtagsmandats der KPÖ spielte die Bodenreform im burgenländischen Landhaus eine nur noch untergeordnete Rolle, obzwar sie abermals in der Regierungserklärung des Kabinetts Karall II als „Angelegenheit aller Parteien“ firmierte.¹⁰⁴ Dessen ungeachtet setzten die Kommunisten abseits der Debatten im Landesparlament ihren agrarpolitischen Kurs fort. Die Durchführung eines „roten Landmonats“ 1952, der nicht nur die Mobilisierungsfähigkeit der Partei am Land erhöhen, sondern durch öffentlichen Druck auch die offizielle Landespolitik zum Handeln zwingen wollte, blieb auf Regierungsebene jedoch ohne nachhaltige Wirkung.

Neuerliche Initiativen der KPÖ in den 1950er Jahren

Sofort nach Antritt seines Mandats drängte Vinzenz Böröcz abermals auf die sofortige Durchführung der Bodenreform und griff gleichzeitig ÖVP und SPÖ wegen deren Untätigkeit frontal an: Offen sprach er von einem „Betrug“ an der burgenländischen Landbevölkerung „zugunsten der Großgrundbesitzer und

Großpächter“.¹⁰⁵ In der 3. Sitzung des burgenländischen Landtags vom 25./26. Juni 1953 erinnerte Böröcz dann an die am 15. April 1947 verabschiedete 3-Parteien-Resolution und stellte im Zuge der Generaldebatte des Landesvoranschlags namens der Volksopposition/KPÖ neuerlich den Antrag zur Durchführung der Bodenreform: „Die Bodenreform ist für das Burgenland dringend notwendig. Die Bundesregierung und der Nationalrat werden daher aufgefordert, die Vorarbeiten zu beschleunigen und rasch zum Abschluß zu bringen. Der Burgenländische Landtag fordert in diesem Sinne die Bundesregierung auf, dem Nationalrat ehestens ein Gesetz über die Durchführung der Bodenreform vorzulegen.“¹⁰⁶ Auch dieser Antrag wurde abgeschmettert, was Böröcz zum Kommentar verleitete, dass alle bisherigen Beteuerungen der SPÖ und ÖVP in dieser Materie nichts weiter als „Schwindel“ gewesen seien.¹⁰⁷ In einer äußerst hitzig geführten Debatte des burgenländischen Landtags am 20. Dezember 1954 warf Böröcz insbesondere der ÖVP dann nochmals ein grundsätzliches politisches Desinteresse vor, wobei er sich in eindringlichen Worten direkt an die Abgeordneten der Landeshauptmann-Partei wandte: „[...] fangen Sie endlich an, zu verteilen und verteilen Sie den Boden wie Sie wollen! Aber Sie wollen ihn gar nicht verteilen, Sie dienen nur den Interessen der Großgrundbesitzer!“¹⁰⁸ Demgegenüber brachte Böröcz neuerlich einen Antrag auf die Verabschiedung eines Grundsatzgesetzes zur Durchführung der Bodenreform ein, durch welches „der Grund und Boden in die Hände jener gegeben wird, die diesen Boden auch wirklich bebauen“.¹⁰⁹ Abermals fand der Antrag keine Mehrheit.

Erst der Abschluss des Staatsvertrages und die damit verbundene bevorstehende Übergabe der USIA-Betriebe weckte wieder das Interesse der burgenländischen Großparteien, denen die in der Vergangenheit öfters vorgebrachten Argumente, gerade die sowjetische Verwaltung würde die Bodenreform aus eigenen wirtschaftlichen Überlegungen hintertreiben, abhanden gekommen waren. In einer dieses Mal auf Initiative der SPÖ eingebrachten gemeinsamen Entschließung am 26. Mai 1955 forderte der burgenländische Landtag die Landesregierung dazu auf, „bei der Bundesregierung alle erforderlichen Schritte zu unternehmen“, um „langgehegte Wünsche und Forderungen der burgenländischen Bevölkerung“¹¹⁰ zu verwirklichen: „Ein-

bringung eines Gesetzentwurfes über die Bodenreform in den Nationalrat, damit dem Burgenländischen Landtag nach Inkrafttreten der vom Bund getroffenen gesetzlichen Regelung die Möglichkeit gegeben wird, das zur Durchführung der im Burgenland notwendigen Bodenreform erforderliche Ausführungsgesetz zu verabschieden.“¹¹¹ Tatsächlich sandte die Landesregierung auch eine Delegation nach Wien, die bei Bundeskanzler Raab in der Angelegenheit vorsprach und von diesem die Zusicherung bekam, „daß bis zum Herbst die Frage der Bodenreform geregelt wird“.¹¹² Dies war jedoch nur vorgeschoben: die von der ÖVP geführte Bundesregierung dachte nicht daran, sich der Materie ernsthaft anzunehmen.

Auch im burgenländischen Landtag machte Böröcz darum insbesondere die ÖVP für das Scheitern der Bodenreform verantwortlich. „Wenn man ehrlich und ernst die Interessen der einfachen Menschen im Burgenland vertreten will“, so Böröcz mit Blick auf die SPÖ-Abgeordneten am 29. November 1955, „wenn man ehrlich für die Bodenreform im Burgenland kämpfen will, dann muß man nicht den Weg mit der OeVP suchen, weil Sie wissen, [...] daß die OeVP absolut nicht bereit ist, die Bodenreform durchzuführen, sondern daß sie ganz andere Interessen verfolgt.“¹¹³

Die KPÖ verfolgte zu diesem Zeitpunkt eine Politik der Annäherung an die SPÖ; mehr oder weniger offen rechnete man in der burgenländischen Partei auch mit der Option einer rot-roten Mehrheit nach den Wahlen.¹¹⁴ Der Erfolg blieb allerdings aus: Der kurze Redebeitrag von Vinzenz Böröcz am 9. März 1956 auf der 42. und letzten Sitzung des burgenländischen Landtags der VII. Wahlperiode war das bis dato letzte Mal, dass ein kommunistischer Abgeordneter im Landtag das Wort ergriff.

Anmerkungen:

1/ Neben den Lebenserinnerungen von Vinzenz Böröcz – Kampf um Boden und Freiheit. Wo das Land den Esterházy gehörte. (= Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 6). Wien 1995 – weist der Katalog der burgenländischen Landesbibliothek neben den Arbeiten des Verfassers überhaupt nur eine einzige Publikation aus, die sich gesondert mit der burgenländischen KPÖ beschäftigt: den Aufsatz von Hans Chmelar aus dem Jahr 1994 (Partei ohne Chance. Die KPÖ im Burgenland 1945/46, in: Beiträge zur Landeskunde des burgenländisch-westungarischen Raumes. Festschrift für Harald Prickler zum 60. Geburtstag. (= Burgenländische Forschun-

gen, Sonderbd. 13). Eisenstadt 1994, S. 50–68.
2/ Hautmann, Hans: Die KPÖ im Parlament, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 2, S. 1–10, hier S. 1.

3/ Mugrauer: Manfred: Die Politik der KPÖ in der provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen 2006, hier insbes. S. 63–95.
4/ Hier und im Folgenden Ernst, August: Das Burgenland im Jahre 1945, in: *Südostdeutsches Archiv* 30/31 (1987/88), S. 176–190 sowie ders.: Zur Wiedererrichtung des Burgenlandes im Jahr 1945, in: *Burgenländische Heimatblätter* 30 (1968), S. 105–122 und ders.: Geschichte des Burgenlandes. (= Geschichte der burgenländischen Bundesländer, hg. von Johann Rainer). München 1991², hier insbes. 220–227.

5/ Widder, Roland: Politik im Burgenland nach 1945: Stile und Stationen, in: ders. (Hg.): *Burgenland. Vom Grenzland im Osten zum Tor in den Westen.* (= Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Schriftenreihe des Forschungsinstituts für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 6/5). Wien, Köln, Weimar 2000, S. 359–428, hier S. 363.

6/ Zit. nach Ernst: *Wiedererrichtung*, S. 113.

7/ Pinter und Michalitsch spielten nach Wiedererrichtung des Burgenlandes keine Rolle mehr in der überregionalen Landespolitik.

8/ Hier und im Folgenden: Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung: *Wahlstatistik. Die Wahlen in den Bundesländern seit 1945.* Nationalrat und Landtage. Wien 1994.

9/ Bei der zeitgleich stattfindenden Nationalratswahl wurden für die KPÖ im Burgenland 4.311 Stimmen abgegeben (3,3%).

10/ Nationalratswahl: 4.805 Stimmen (2,9%).

11/ Widder, Roland: *Etappen zum Stolz. Landtagswahlkämpfe im Burgenland 1945–1968*, in: Dachs, Herbert (Hg.): *Zwischen Wettbewerb und Konsens. Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern 1945 bis 1970.* Wien, Köln, Weimar 2006, S. 13–60, hier S. 34.

12/ Nationalratswahl: 5.417 Stimmen (3,2%).

13/ Hier und im Folgenden: Zentrales Parteiarchiv der KPÖ, Otto Mödlagl: Fragebogen vom 21.8.1945 sowie Kriegler, Johann: *Politisches Handbuch des Burgenlandes. II. Teil (1945–1995).* (= Burgenländische Forschungen, Bd. 76). Eisenstadt 1996.

14/ Diese Angabe findet sich im Partei-Lebenslauf Mödlagls.

15/ *Niederösterreich 1945. 40 Jahre Wiederaufbau der Landesverwaltung.* Ausstellungskatalog. Wien 1985, S. 41.

16/ „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“. *Protokolle des Kabinettsrates* 29. April 1945 bis 10. Juli 1945, hg. von Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Jeřábek und Leopold Kammerhofer. (= *Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Renner 1945*, Bd. 1). Horn, Wien 1995, S. 64.

- 17/ Widder: Etappen zum Stolz, S. 17. – Die Vorbehalte gehen auf Lesers Zusammenarbeit mit der Gestapo während der Jahre 1938 bis 1945 zurück, die im Land bzw. in Teilen seiner eigenen Partei bekannt gewesen sein dürfte; vgl. Feymann, Walter: Das Deutschnationale im politischen Denken Ludwig Lesers, in: Gürtler, Wolfgang/Winker, Gerhard J. (Hg.): Forscher – Gestalter – Vermittler. Festschrift Gerald Schlag. (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Bd. 105). Eisenstadt 2001, S. 87–106.
- 18/ Vgl. im Folgenden Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit; Chmelar: Partei ohne Chance; Kriegler: Politisches Handbuch und Teuschler, Christine/Streibel, Andreas: Die Parteien im Burgenland seit 1945, in: Widder: Burgenland, S. 429–502, hier insbes. S. 481–487.
- 19/ Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit, S. 143.
- 20/ Auf Auftrag Stalins stellte Dimitroff diese Liste verdienter Genossen zusammen, die für die sofortige Rückkehr nach Österreich vorgesehen waren, um dort noch vor Beginn der staatlichen Rekonsolidierung die politische Arbeit der Partei zu organisieren und Schlüsselpositionen zu besetzen. Rosak war Dimitroff als führendes Mitglied des im November 1944 gegründeten *Antifaschistischen Büros österreichischer Kriegsgefangener* bekannt; vgl. Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biografien. 20. Jahrhundert, hg. von Otto Maier. Eisenstadt 1991, S. 264 sowie Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar 2005, S. 72, Anm. 8.
- 21/ Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit, S. 147.
- 22/ Ebd., S. 149.
- 23/ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des burgenländischen Landtages: V. Wahlperiode vom 25. November 1945 bis 8. Oktober 1949 (1. bis 43. Sitzung). Eisenstadt 1949 [Protokolle V.], S. 58.
- 24/ Ebd., S. 82.
- 25/ Ebd., S. 58.
- 26/ Ebd.
- 27/ Ebd., S. 61.
- 28/ Ebd.
- 29/ Ebd., S. 140.
- 30/ Ebd.
- 31/ Ebd., S. 374.
- 32/ Ebd.
- 33/ Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit, S. 170ff.
- 34/ Ebd., S. 181.
- 35/ Ebd., S. 182 sowie DÖW, Spanienarchiv, Personendossier.
- 36/ Ebd., S. 217.
- 37/ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Burgenländischen Landtages: VII. Wahlperiode vom 19. März 1953 bis 9. März 1956 (1. bis 42. Sitzung). Eisenstadt 1956 [Protokolle VII.], S. 28.
- 38/ Ebd., S. 243.
- 39/ Ebd., S. 110.
- 40/ Ebd., S. 113.
- 41/ Ebd., S. 44.
- 42/ Ebd., S. 152.
- 43/ Ebd., S. 183.
- 44/ Ebd., S. 335.
- 45/ Ebd., S. 417.
- 46/ Ebd.
- 47/ *Freies Burgenland. Kommunistisches Wochenblatt*, Nr. 4, 30.11.1945, S. 4.
- 48/ Ebd.
- 49/ Ebd., S. 2.
- 50/ Ebd., S. 4.
- 51/ Mödlagl, Otto: Die Kommunisten fordern: Bodenreform im Burgenland, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs, Landesleitung Burgenland. Eisenstadt o.J. [1945]
- 52/ *Freies Burgenland*, Nr. 4, 30.11.1945, S. 4.
- 53/ Vgl. Krenn, Martin: „Es ist nicht länger zu ertragen!“ Zur Agrarpolitik der KPÖ im Burgenland. In: Mugrauer, Manfred (Hg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. (= Alfred Klahr Gesellschaft, Quellen & Studien, Sonderbd. 12). Wien 2009, S. 221–260.
- 54/ Vgl. Figl, Leopold: Österreich geht an die Arbeit. Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 21. Dezember 1945. Wien 1945.
- 55/ Vgl. Protokolle V., S. 6.
- 56/ Ebd., S. 104.
- 57/ Ebd.
- 58/ Ebd., S. 41.
- 59/ Ebd., S. 60.
- 60/ Ebd., S. 43.
- 61/ Ebd., S. 104.
- 62/ Ebd., S. 56.
- 63/ Ebd.
- 64/ Ebd.
- 65/ Ebd., S. 57.
- 66/ Ebd., S. 139.
- 67/ Ebd.
- 68/ Vgl. Szorger, Dieter: Die Ernährungslage im Burgenland 1945–1952, in: befreien – besetzen – bestehen. Das Burgenland von 1945–1955. Tagungsband des Symposiums des Burgenländischen Landesarchivs vom 7./8. April 2005. (= Burgenländische Forschungen, Bd. 90). Eisenstadt 2005, S. 221–240.
- 69/ Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit, S. 170ff.
- 70/ Entschließung auf der Landeskonzferenz der KPOe (Burgenland) am 14. Oktober 1945, in: Mödlagl: Bodenreform, S. 13–15, hier S. 14.
- 71/ Protokolle V., S. 60.
- 72/ Ebd.
- 73/ Sinowatz, Fred: Aufbruch an der Grenze. Die Wiedererstehung des Burgenlandes und der Aufstieg der Sozialdemokratie zur Führungspartei, in: Aufbruch an der Grenze. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im westungarischen Raum bis zum 100-Jahre-Jubiläum der Sozialistischen Partei Österreichs. Eisenstadt 1989, S. 95–190, hier S. 138.
- 74/ Ebd., S. 138f.
- 75/ Chmelar: Partei ohne Chance, S. 66.
- 76/ *Freies Burgenland*, Nr. 5, 7.12.1945, S. 1.
- 77/ *Freies Burgenland*, Nr. 13, 5.4.1946, S. 1.
- 78/ *Freies Burgenland*, Nr. 5, 7.12.1945, S. 1.
- 79/ Protokolle V., S. 176.
- 80/ Ebd., S. 176f.
- 81/ Ebd., S. 178.
- 82/ Ebd.
- 83/ Ebd., S. 179.
- 84/ Ebd.
- 85/ Protokolle V., S. 178.
- 86/ Ebd.
- 87/ Das Protokoll vermerkt nach der Rede Bögl's nur „lebhaften Beifall bei den Sozialisten“ (ebd.).
- 88/ Ebd., S. 180.
- 89/ Ebd.
- 90/ Ebd., S. 178.
- 91/ Ebd.
- 92/ Vgl. Lütgenau, Stefan August: Der Kampf um die Besitzungen in Österreich nach 1945, in: ders. (Hg.): Paul Esterhazy 1901–1989. Ein Leben im Zeitalter der Extreme. Innsbruck, Wien, Bozen 2005, S. 133–190, hier S. 165.
- 93/ Ebd., S. 155.
- 94/ Ebd., S. 156.
- 95/ Ebd., S. 165.
- 96/ Ebd., S. 155 sowie den diesbezüglichen Originalakt im burgenländischen Landesarchiv (Burgenländisches Landesarchiv, Regierungsarchiv, LAD/I–608–1947).
- 97/ Vgl. Lütgenau: Der Kampf um die Besitzungen, S. 157.
- 98/ Jahresbericht. Vorgelegt dem Landesparteitag der Sozialistischen Partei des Burgenlandes am 20. und 21. März 1948 in Mattersburg, hg. von der Landesorganisation Burgenland. o.O. [Eisenstadt] o.J. [1948], S. 4.
- 99/ Protokolle V., S. 265.
- 100/ Ebd.
- 101/ Ebd., S. 314.
- 102/ Ebd., S. 298.
- 103/ Ebd.
- 104/ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Burgenländischen Landtages: VI. Wahlperiode vom 9. Oktober 1949 bis 21. Februar 1953 (1. bis 39. Sitzung). Eisenstadt 1953, S. 7.
- 105/ Protokolle VII., S. 8.
- 106/ Ebd., S. 65 sowie Böröcz: Kampf um Boden und Freiheit, S. 186f.
- 107/ Protokolle VII., S. 66.
- 108/ Ebd., S. 243.
- 109/ Ebd., S. 290.
- 110/ Ebd., S. 335.
- 111/ Ebd.
- 112/ Zit. nach *Burgenländische Freiheit. Landesorgan der Sozialistischen Partei des Burgenlandes*, Nr. 49, 4.12.1955, S. 3.
- 113/ Protokolle VII., S. 372.
- 114/ Vgl. entsprechende Aussagen durch Böröcz auf der letzten Sitzung des Landtags vom 9. März 1956 (Protokolle VII., S. 505).